



RSB Oberhausen

8. März: Internationaler Frauentag Arbeit von Frauen aufwerten!

Bei der Berufswahl bestehen die traditionellen geschlechtstypischen Unterschiede weiter – trotz diverser Bemühungen, sie aufzubrechen. Warum?

PETRA STANIUS

Noch immer wählt ein Großteil der Mädchen einen „Frauenberuf“ im sozialen Bereich bzw. im Dienstleistungssektor. Die Jungen dagegen zieht es weiterhin in die naturwissenschaftlich-mathematisch-technischen Berufe bzw. in die Industrie. Eine Frage geschlechtsspezifisch unterschiedlicher Begabungen? Hierfür gibt es keinen Beleg. Jedoch existiert eine entsprechende gesellschaftliche Erwartungshaltung, die das Selbstbild von Männern und Frauen erheblich beeinflusst und sich unter anderem in der Berufswahl niederschlägt. Durch die eigene Erziehung verinnerlichte Rollenbilder werden von den Eltern auf ihre Kinder übertragen. Vergleichbares geschieht in der Kita und in der Schule. Auch in den Medien werden vorgeblich überholte geschlechtsspezifische Zuschreibungen weiterhin reproduziert.

„ErzieherIn“ beispielsweise ist ein Beruf, für den Frauen besonders geeignet scheinen. Er wird zu ca. 97 Prozent von Frauen ausgeübt. Das

gesellschaftliche Ansehen von ErzieherInnen ist nicht gerade groß. In vielen Köpfen existiert noch die Vorstellung von der „Basteltante“ – ein Berufsbild, das für Männer kaum attraktiv sein dürfte.

Heute ist jedoch die große Bedeutung frühkindlicher Bildung bekannt. Ebenfalls weiß man, dass es für die Identitätsbildung der Kinder nachteilig ist, wenn sie ausschließlich weibliche Bezugspersonen und Vorbilder haben. Nicht zuletzt, um Geschlechterklischees zu bekämpfen, wäre ein deutlich größerer Anteil männlicher Erzieher wichtig.

Doch auch massive Werbekampagnen für den Erzieher-Beruf haben an der Situation nichts Grundlegendes geändert. Und das erstaunt nicht. Denn es gibt einen weiteren Grund für die Enthaltensamkeit der Männer, diesen Beruf zu ergreifen: Die benötigten Qualifikationen, die damit verbundene lange Ausbildungszeit und die hohe Verantwortung spiegeln sich auch in der Bezahlung der Tätigkeit nicht wider.

Dem liegt eine grundsätzlich fragwürdige Bewertung von Arbeit zugrunde: Die Arbeit mit und für Menschen, die für eine Gesellschaft unverzichtbar ist – wie Erziehung, Pflege, Sozialarbeit – wird gering geachtet und bezahlt. Tätigkeiten, die mit Zahlen oder der Bedienung von Maschinen zu tun haben, sind dagegen deutlich höher angesehen und werden auch finanziell entsprechend honoriert. Nach dem gesellschaftlichen Nutzen dieser Arbeit wird nicht weiter gefragt. Auch in dieser Hinsicht unterscheiden sich also die „Frauenberufe“ von den „Männerberufen“.

Der beste Weg, eine „Männerquote“ bei den heutigen „Frauenberufen“ einzuführen, ist die Aufwertung dieser Tätigkeiten. Wer hierfür Argumente sucht, braucht nur die Anforderungen an fachliche Ausbildung, soziale Kompetenz und Verantwortung in den „Frauenberufen“ mit denen der „Männerberufe“ zu vergleichen.

Die ver.di-Frauen aus Mülheim-

Oberhausen haben beim diesjährigen Internationalen Frauentag die Aufwertung der Arbeit von Frauen zum Thema gemacht und konkret die Aufwertungskampagne für den Sozial- und Erziehungsdienst unterstützt.

TIPP:

Hier findet Ihr Informationen über die Sozial- und Erziehungsberufe, die aktuellen Tarifauseinandersetzungen und die Aufwertungskampagne von ver.di: www.soziale-berufe-aufwerten.de Ihr könnt auf dieser Seite die Kampagne auch unterstützen.



Aktion der ver.di-Frauen am 7.3.2015 in Oberhausen-Sterkrade

Liebe Leserinnen und Leser,

in der siebten Ausgabe unserer örtlichen Beilage zur Avanti findet Ihr wieder Artikel zu betrieblichen und gewerkschaftlichen Themen: ein aktuelles Betriebsflugblatt zu Alstom, einen Bericht über BR-Mobbing bei Rhenus und die Vorstellung des Aktionskreises gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL).

Nicht nur anlässlich des Internationalen Frauentages weisen wir auf das Frauenseminar des RSB in Oberhausen hin. Ferner berichten wir über die Situation von Flüchtlingen in Oberhausen und erinnern an den 4. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Fukushima.

Wir möchten euch auch die Buchvorstellung / Diskussion „Kommunisten gegen Hitler und Stalin“ empfehlen: siehe letzte Seite.

Wir wünschen Euch eine interessante Lektüre!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL

- 01 Frauen:**
Arbeit von Frauen aufwerten!
- BETRIEB UND GEWERKSCHAFT**
- 02 Alstom:**
Betriebsflugblatt des RSB Rhein-Neckar
- 02 BR-Mobbing bei Rhenus:**
Wo ist der Skandal?

SOLIDARITÄT

- 03 BR-Mobing:**
Selbstverständnis des Aktionskreises gegen Unternehmerwillkür

ANTIRASSISMUS

- 04 Flüchtlinge:**
Flüchtling, woher kommst du – wohin gehst du?
AUS DEM RSB

- 05 Frauen:**
Frauenseminar des RSB in Oberhausen
- 05 Betrieb und Gewerkschaft:**
Tagung zu Formen der Ausbeutung
ÖKOLOGIE

- 05 Fukushima:**
4 Jahre Reaktorkatastrophe Fukushima

- 06 Veranstaltung:**
Kommunisten gegen Hitler und Stalin

- 06 Termine**

GENERAL ELECTRIC VOR DEN TOREN UNSERE CHANCE? RESISTANCE!

Dokumentation des Betriebsflugblatts vom RSB Rhein-Neckar, das am 19. Februar 2015 bei ALSTOM in Käfertal verteilt wurde.

Die ständigen Angriffe des ALSTOM-Managements auf ganze Standorte, auf Beschäftigung und Ausbildung finden auch im Interesse von GENERAL ELECTRIC (GE) statt. Es wäre naiv zu glauben, dass es nicht schon Absprachen hinter den Kulissen gegeben hat.

Das Scheitern der Einigungsstelle ist ein Alarmsignal. Das ALSTOM-Management will Standort- bzw. Bereichsschließungen mit betriebsbedingten Kündigungen für die neuen Konzernherren vorbereiten.

Unser Geld einfordern

Für die jahrelange Ausplünderung, das kriminelle Missmanagement und die jetzt bevorstehende Zerschlagung von ALSTOM belohnen sich die Aktionäre und das Management. Zusätzlich rund 4 Milliarden € fließen in ihre prallen Taschen.

Der Löwenanteil geht an den Haupteigner und Multimilliardär Bouygues. Konzernboss Kron erhält einen Zusatzbonus von über 4 Millionen €, die 2.000 Konzernmanager insgesamt 60 Millionen €. Das ist der Judaslohn für die Zerschlagung. Aber das ist unser Geld! Wir benötigen es für die Sicherung unserer Arbeit und Ausbildung!

Unsere Interessen verteidigen

Mit dem erfolgreichen Warnstreik am 10.02.2015 und der Info-Aktion der Fabrikbelegschaft am letzten Freitag ist endlich wieder Bewegung am Standort entstanden. Nur wenn wir uns konsequent wehren, werden wir Erfolg haben.

Unsere Rechte wahrnehmen

Seit der Auseinandersetzung im Frühjahr 2014 (Abtransport der GT-24-Bauteile) versucht die Geschäftsleitung, uns systematisch einzuschüchtern und zu verwirren. Auch mit „Mitarbeiter-Infos“.

Aber wir haben das Recht auf Warnstreik und das Recht auf Demonstration (Artikel 8 Grundgesetz). Und wir können uns jederzeit beim Betriebsrat informieren oder uns von ihm informieren lassen (§ 39 Betriebsverfassungsgesetz). Dazu brauchen wir nicht abzustecken, sondern uns nur beim Vorgesetzten abzumelden.

Unsere Stärken ausbauen

Zudem ist der Versuch, uns oder unseren Betriebsrat an der Wahrnehmung demokratischer Rechte zu hindern, strafbar.

Durch die aktive und entschlossene Wahrnehmung unserer Rechte schwächen wir die Gegenseite. Gleichzeitig stärken wir unsere eigene Position. Das ist gerade im Hinblick auf GE wichtig. Denn GE will keine funktionierenden Betriebs-

räte und keine Tarifverträge.

Unsere Forderungen aufzeigen

Wir sollen den Kaufpreis von GE zahlen. Unsere Forderungen sind klar: Erhalt aller Standorte, Arbeits- und Ausbildungsplätze, Erhalt der Tarifverträge und Betriebsratsstrukturen!

Um unsere Interessen verteidigen zu können, müssen wir auf unsere eigene Kraft bauen. Deshalb sollten sich in diesem Sinne auch die bisher Nichtorganisierten der IG Metall anschließen.

Nur gemeinsam können wir unseren Forderungen im Konzern, in der Öffentlichkeit und gegenüber der Politik wirklich Gehör verschaffen.

Unsere Perspektiven entwickeln

Der standortübergreifende Widerstand in Deutschland und auf der internationalen Ebene ist unsere Pflicht.

Wir müssen unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Angriffen noch mehr als bisher beschützen. Nicht nur wie 2014 am Tor 8, sondern – wenn sie die Fabrik in Frage stellen sollten – an allen Toren.

Unsere Alternativen verdeutlichen

1. Arbeit und Ausbildung haben Vorrang vor Profiten. Deshalb:

- Ja zur Verteidigung aller Arbeits- und Ausbildungsplätze!

- Ja zu einer verbindlichen und unbefristeten Beschäftigungsgarantie für uns alle! Für ein Verbot von Entlassungen!

2. Im Unterschied zum Finanzsektor sind unsere Produkte und Dienstleistungen von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Nicht zuletzt für eine Energiewende, die diesen Namen verdient. Deshalb:

- Ja zu einem staatlichen Schutzschirm für uns und unsere Standorte!

3. Unser Wissen und unsere Arbeit – ob im Büro oder in der Fabrik – ermöglichen die Erzeugung von Werten. Deshalb:

- Ja zum Ausbau unserer demokratischen Kontroll- und Vetorechte im Betrieb und im Konzern!

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Nur wer kämpft, kann gewinnen!

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

RSB – Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale

Postfach 102610, 68026 MA, Tel./Fax: 0621/1564046,

Email: rhein-neckar@rsb4.de

Rhenus Logistics GmbH: BR-Mobber geben nicht auf

Bereits am 15. Juli 2013 hatte Rhenus erneut dem langjährigen BR-Mitglied Sebastian Cano unter fadenscheinigen Vorwänden gekündigt. Erst mehr als ein Jahr danach, am 11. September 2014, wurde diese außerordentliche Kündigung vom Arbeitsgericht Mannheim für unwirksam erklärt.

S.K.

Rhenus wollte und will aber vor dem Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg (LAG) – Kammern Mannheim – eine Aufhebung dieser Entscheidung erreichen. Am 24. Februar verhandelte das LAG den Fall.

Der *Mannheimer Morgen* berichtete einen Tag danach unter der Überschrift „Vorschläge zur Güte ohne Chance“ ausführlich über diesen Gerichtstermin. Unter anderem schrieb

das Blatt: „Für die Gewerkschafter, die sich im Komitee 'Solidarität gegen Betriebsrat-Mobbing, organisiert haben und die Zuschauer-Stühle füllen, ist Canos Geschichte ein eklatantes Beispiel für den Versuch, einen kritischen Betriebsrat loszuwerden.“

Eines der anwesenden Komitee-Mitglieder wird auf Betreiben des Anwalts von Rhenus, Harald Klaus, in den Zeugenstand gerufen. Natürlich geht es diesem Anwalt nicht um die

Klärung der im Raum stehenden Vorwürfe des BR-Mobbing. Er will herausbekommen, ob Kollege Cano an einem Flugblatt des Solidaritäts-Komitees vom 11. Juli 2013 mitgewirkt hat. Unter der Überschrift „Mobbing Tatort Rhenus“ wurden darin die Angriffe von Vorgesetzten auf Betriebsrat Cano scharf kritisiert.

Für die LAG-Richterin Birgit Zimmermann ist offenbar das Flugblatt und nicht der darin geschilderte Sach-

verhalt des BR-Mobbing „starker Tobak“. Sie tue sich „schwer zu sagen, dass das noch mit Meinungsfreiheit gedeckt ist“.

Nach zweieinhalb Stunden Verhandlung vertagte sich das Gericht, um bei einem Fortsetzungstermin – wie von Rhenus beantragt – einen weiteren Zeugen wegen des Flugblatts zu befragen.

Die Solidarität mit Sebastian Cano muss verstärkt werden!

Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür AKUWILL

Wir dokumentieren hier in Auszügen das Selbstverständnis des Aktionskreises gegen Unternehmerwillkür, der sich im letzten Jahr im westlichen Ruhrgebiet zusammengefunden hat, um gegen Union-Busting, Lohndumping und Mobbing aktiv zu werden.

Wer wir sind ...

Die meisten Mitwirkenden des Aktionskreises gegen Unternehmerwillkür sind aktive Gewerkschaftsmitglieder aus verschiedenen Städten des westlichen Ruhrgebiets. Wir gehören weder derselben Gewerkschaft noch einer bestimmten politischen Organisation an. Zueinander gefunden haben wir im Jahr 2014 durch die gemeinsame Teilnahme an Solidaritätsaktionen für (ehemalige) Beschäftigte der InterClean Gebäudereinigung und Gebäudedienste GmbH, die unter anderem mit der Reinigung und dem Betrieb der Toilettenanlagen des Centro in Oberhausen beauftragt ist.

Engagierte Gewerkschaftsmitglieder wurden von der Unternehmensleitung systematisch schikaniert. Der Betriebsrat musste unter unzumutbaren Bedingungen arbeiten. Mit seinem Modell, Trinkgelder durch völlig unterbezahlte so genannte Sitzerrinnen einsammeln zu lassen, um sie dann komplett einzukassieren, hat InterClean bundesweite Bekanntheit erlangt.

Wir haben den Aktionskreis gegründet, weil InterClean kein Einzelfall ist. Vielmehr werden solche Praktiken zunehmend systematisch angewandt – und gegen organisierte Angriffe hilft nur organisierte Gegenwehr.

Wogegen wir uns wehren ...

Mit der Einführung der Agenda 2010 haben unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs, Befristungen, Leiharbeit und Scheinselbständigkeit in der BRD erheblich zugenommen. Hartz IV ist dabei das Druckmittel, um Menschen zur Aufnahme nahezu jeder Arbeit zu zwingen.

Nicht nur bei uns, auch in anderen EU-Ländern findet Vergleichbares statt. Mit einer Agenda 2020 sind weitere Einschränkungen der Rechte von Gewerkschaften und der Errungenschaften der Lohnabhängigen beabsichtigt. Fast zeitgleich ist in der BRD ein Netzwerk aus Anwaltskanzleien, Unternehmensbe-

ratungen, Stiftungen und Instituten entstanden, das das Union Busting, das gezielte „Plattmachen“ von Gewerkschaften, als Dienstleistung anbietet.

Die Angst um den Arbeitsplatz steigt. Konkurrenz und Entsolidarisierung unter Kolleginnen und Kollegen wird gezielt gefördert. Erwerbstätige werden gegen Erwerbslose, Junge gegen Alte, Männer gegen Frauen und „inländische“ gegen „ausländische“ Menschen ausgespielt. Unser Nutzen – der Nutzen der großen Mehrheit – ist dies nicht. Wenn wir uns auf dieses Spiel einlassen, haben wir schon verloren.

Was wir wollen ...

Öffentlichkeit schaffen

Wir sammeln Informationen über Fälle von Unternehmerwillkür: Wie Umgehung des Mindestlohns, Mobbing, Behinderung von Betriebsratsarbeit oder Verhinderung der Gründung von Betriebsräten. Wir machen diese Fälle öffentlich.

Unterstützung geben

Wir geben Betroffenen die Möglichkeit zum Austausch und leisten konkrete Unterstützung. Zum Beispiel bei der Herstellung des Kontakts zur zuständigen Gewerkschaft bis zur Organisation des gemeinsamen Besuch von Arbeitsgerichtsterminen.

Unrecht an die Öffentlichkeit

Wir organisieren gemeinsam mit Betroffenen Aktivitäten gegen Union Busting und gegen das Unterlaufen und die Einschränkung sozialer und demokratischer Rechte von Lohnabhängigen. Und wir sind dabei, wenn andere solche Aktionen durchführen.

Sich vernetzen und Zusammenarbeit

ist wichtig. Darum arbeiten wir mit Initiativen zusammen, die sich mit ähnlichen Themen beschäftigen und möchten gerne Kontakt zu weiteren bekommen.

Werde selbst aktiv!

Wehr Dich!

Die systematische Bekämpfung von Gewerkschaften nimmt unserer Ansicht nach zu: Gezielte zerstörerische Angriffe auf einzelne engagierte Kolleginnen und Kollegen, das Ignorieren gesetzlicher Rechte durch Unternehmer und auch die drohende Abschaffung von einst erkämpften sozialen und demokratischen Rechten. Es wird Zeit, sich zu wehren.

Organisier' Dich!

Wirksame Gegenwehr ist nur gemeinsam mit anderen möglich. Isolation zu durchbrechen, die Kräfte zu bündeln, sich gegenseitig zu unterstützen, Öffentlichkeit zu schaffen und entschieden gegen Missstände vorzugehen ist unser Ziel. Mach mit! Auf jedem Fall in der Gewerkschaft. Und gerne auch in unserem Aktionskreis.

Sei solidarisch!

Interessiert?

Der Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür trifft sich regelmäßig in Oberhausen oder in der Umgebung. Den Termin vom nächsten Treffen und den genauen Ort erfragt bitte über die Kontaktadresse.

Schreibt, mailt oder ruft uns an,

- wenn Ihr weitere Informationen zu AKUWILL haben möchtet.
- wenn Ihr bei AKUWILL mitmachen oder uns unterstützen wollt.
- wenn Ihr von Unternehmerwillkür betroffen seid und Unterstützung benötigt.
- wenn Ihr auch gegen Unternehmerwillkür aktiv seid und Euch mit uns vernetzen wollt.

Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür

Postfach: 10 01 25
46001 Oberhausen

Telefon: 0208/30 75 47 95
Email: akuwill@gmx.de



Mach' mit!
Werde selbst aktiv!



Gegen die voranschreitende Entrechtung von Beschäftigten, gegen gezielte Angriffe auf Gewerkschaften und engagierte Kolleginnen und Kollegen haben wir eine Waffe:

Solidarität!

Flüchtling, woher kommst du – wohin gehst du?

Der Verwaltungsvorstand der Stadt Oberhausen hat entschieden: Von den 32 überprüften Flächen im Stadtgebiet kommen zunächst fünf Standorte in Frage, um neue Sammelunterkünfte für die ankommenden Flüchtlinge zu errichten. Die gute Nachricht: Es ist nicht geplant, weiterhin massenhaft Wohncontainer anzuschaffen.

ANDREA-CORA WALTHER

Hier sind die Preise aufgrund der gestiegenen Nachfrage so in die Höhe geschossen, dass jede Alternative dazu preiswerter ist. Die neuen Unterkünfte sollen unter der Regie der Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) in Tafelbauweise errichtet werden – also vorgefertigte Hauselemente in Form von Tafeln zum Bau von Holzhäusern mit Wärmedämmfüllung. Natürlich sind alle Standorte ein Kompromiss aus den Prüfkriterien: Planungsrecht, Baurecht, zeitliche Verfügbarkeit, soziales Umfeld, Kapazitätsgröße, Infrastruktur.

Immerhin gibt diese Planung den Anschein, als sei Verwaltung diesmal vorausschauend und präventiv vorgegangen. Die Notunterkunft in der Tackenbergerschule wartet auf 100 Flüchtlinge, und schon werden diese fünf Standorte geplant, um 450 der in 2015 zu erwartenden 750 Flüchtlinge aufnehmen zu können. Die Hälfte soll bis Sommer fertig werden, und die letzte Sammelunterkunft wird ab Oktober 2015 in der Sperberstraße errichtet.

Diese Planung geht davon aus, dass von den 750 erwarteten Flüchtlingen 300 Flüchtlinge direkt zurückgeschickt oder in privatem Wohnraum untergebracht werden können. Allein was rechtfertigt diese optimistische Prognose? Die Realität in Oberhausen ist, dass es bisher zu maximal 30 Prozent gelungen ist, privaten Wohnraum zu finden. Die durchschnittliche Wohnungsquote in NRW liegt bei 50,3 Prozent (Stand

09/2014). Auch wenn die Stadt zwischenzeitlich doch bereit ist, selbst die Mietverträge abzuschließen, würde das Ziel, von 750 Flüchtlingen in 2015 gut 40 Prozent in privaten Wohnraum zu vermitteln, allen bisherigen Erfahrungen widersprechen. Woher diese 38 bis 65 (je nach Größe der Familien) zusätzlichen Wohnungen nehmen? Sie sind heute nicht da und morgen auch nicht. Es gibt zwar 4.800 leer stehende Wohnungen in Oberhausen, aber die Kooperationspartnerinnen, mit denen die Stadt verhandeln kann, haben kaum Leerstände.

Wohin gehst du, Flüchtling?

Wohin gehen die männlichen Flüchtlinge, die noch immer im Haus A der Weierstraße zu siebt in einem Raum untergebracht sind, der 20 qm groß ist? Der Flüchtlingsrat NRW fordert eine Mindestgröße für die Unterbringung von 9 qm pro Flüchtling, Haus A muss dringend abgerissen oder saniert werden. Und selbst danach wäre es nicht möglich, bis zu 130 Personen dort unterzubringen. Wären dort Tiere so beengt untergebracht, würden jeden Tag die Tierschutzverbände demonstrieren.

Diese Menschen komplett umzusiedeln, ist am Verhandlungspartner gescheitert. Und jetzt? Kommunikation und Information werden von allen Seiten gefordert. Die Anwohnenden wollen ihre Ängste ernst genommen sehen. Die ehrenamtlich Arbeitenden innerhalb der Kirchen, der NGOs, Einzelpersonen, die sich engagieren, wol-

len die Koordination der Hilfsangebote. Es finden Informationsveranstaltungen im unmittelbaren Umfeld der neuen Standorte statt – leider, nachdem diese Standorte in der Zeitung bereits benannt worden sind. So gibt es Zeit für Spekulationen und Schüren von Ängsten.

Informationsangebote

Es gibt eine zentrale Email-Adresse, fluechtlingshilfe@oberhausen.de, bei der man alles loswerden kann, was man schon immer mal mitteilen wollte. Es wird ein Online-Portal geben, in dem alle Kontaktadressen von allen Verbänden, Einzelpersonen, NGOs, die mit Flüchtlingshilfe zu tun haben, genannt werden – alle Termine, alle Angebote, sicherlich auch Raum für Anregungen und Kritik.

Das Betreuungs„konzept“ (soweit von einem die Rede sein kann) sieht die Einbeziehung der ehrenamtlich Arbeitenden zwingend vor. Ohne sie wäre die Stadt völlig hilflos und überfordert. Um die jetzt über 1.000 Flüchtlinge kümmern sich 1,5 sozialpädagogische Hauptamtliche. Ende März kommen zwei Stellen dazu. Die Verwaltung hat den Wunsch nach einer Betreuungsquote von 1:150, was bedeutet, eine sozialpädagogische Stelle kümmert sich um 150 Flüchtlinge. Das würde dem Betreuungsschlüssel entsprechen, der in Bayern üblich ist. Einen verbindlichen Betreuungsschlüssel gibt es in NRW nicht. Lediglich die Vorgabe, dass 4,5 Prozent der

pauschalisierten Landeszuweisung für die soziale Betreuung zu verwenden sind (§ 4 Abs. 1 S.2 FlüAG NRW). Andere Bundesländer haben einen Betreuungsschlüssel von 1:120 oder 1:96. Aber egal, wie hier in Oberhausen gerechnet wird: Bis Ende März 2015 sind dann 3,5 Stellen für über 1.000 Flüchtlinge zuständig, und das entspricht einem Betreuungsschlüssel von 1:286.

Einen solchen Betreuungsschlüssel gibt es eigentlich nirgendwo, und mit einer solchen Betreuungskapazität kann man auch nicht gelassen auf die Ankunft der 750 neuen Flüchtlinge blicken. Wir brauchen nicht 3,5 sozialpädagogische Stellen für bis zu 1.750 Flüchtlinge, sondern 12. Dem Rat der Stadt Oberhausen wird in seiner Sitzung Ende März ein Gesamtbericht vorgelegt werden, mit interkommunalem Vergleich und einer mit der Kommunalaufsicht abgeklärten Personalsituation. Bis dahin und darüber hinaus brauchen wir Wohnungen, die Flüchtlinge aufnehmen und Menschen, die sich mit den Flüchtlingen für sie einsetzen. Die Stadt ist überfordert, also handeln wir ...

Ja wir teilen, und geben vom Überfluss

es geht uns doch viel zu gut, und was wir bekommen, ist tausendmal mehr:

und es macht uns unendlich Mut.

(Aus der Solidaritätserklärung von Konstantin Wecker für den Tag der offenen Tür am 21.03.2015 im Flüchtlingslager Weierstraße.) ■

Angekommen – Angenommen?

Tag der offenen Tür im Flüchtlingslager Weierstraße

- Ausstellungen, Musik und Filme über Geschichte und Kultur der verschiedenen Herkunftsländer,
- Wir können handwerkliche Traditionen sehen,
- Es wird landestypisches Essen und Trinken geben,
- Für die Kinder wird es viele Spielmöglichkeiten geben,
- Die Oberhausener Spielmobile machen mit,
- Das Theater Oberhausen wird mit den Kindern Theaterszenen spielen,
- Wir möchten mehr voneinander erfahren, miteinander reden und feiern.

Wann:
21. März 2015 - 11.00 bis 22.00 Uhr

Wo:
Weierstraße 119, Oberhausen-Sterkrade

Herzlich willkommen!

Vorbereitungsgruppe Angekommen – Angenommen?

Kto: Stadtparkasse Oberhausen,

Turkijana Selmanovska, IBAN DE 88 3655 0000 3041 209697

Frauenseminar des RSB in Oberhausen

Am 21./22. März findet in Oberhausen das nächste RSB-Frauenseminar statt, bei dem wir gemeinsam mit Freundinnen und Genossinnen über aktuelle politische Themen diskutieren möchten. Wir beginnen am Samstag Abend mit einem informellen Teil, um Raum zu haben für

lockeren Austausch. Am Sonntag findet dann das eigentliche Seminar statt. Wir haben diesmal die Schwerpunktthemen „Gewalt gegen Frauen“ und „Prostitution“ gewählt. Zu jedem Thema gibt es kurze einleitende Referate als Anregung für die anschließende Diskussion. ■

Das Programm:

- **Samstag, 21. März 2015**
18:00: Gemeinsames Abendessen, informeller Teil, Ende offen.

- **Sonntag, 22. März 2015**
Beginn: 9:30

TOP 1: Gewalt gegen Frauen

- Situation / Entwicklung in der BRD
- Gewalt in Paarbeziehungen

TOP 2: Prostitution

Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung, Beruf

Vorstellung und Diskussion der Problematik und unterschiedlicher politischer Sichtweisen und Lösungsansätze.

TOP 3: Schlussfolgerungen und praktische Absprachen

Ende: 16:30

Wir freuen uns auf Deine Teilnahme!

Anmeldungen und Nachfragen schicke bitte per Email an die Kontaktadresse des RSB Oberhausen: info@rsb4-oberhausen.de

„Formen der Ausbeutung“

Tagung des RSB Rhein-Neckar am 25. April 2015

H.N./L.M.

Am Samstag, den 25. April 2015, führt der RSB Rhein-Neckar in Mannheim seine nächste Betriebs- und Gewerkschaftstagung durch. Wir wollen untersuchen, wie die Ware Arbeitskraft genutzt wird und was dies für die einzelnen Beschäftigten und die arbeitende Klasse insgesamt bedeutet.

Im Zentrum wird die Analyse von gesellschaftlichen und betrieblichen Methoden der Ausbeutung stehen. Die Prekarisierung und Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen, das Instrument der indirekten Steuerung, die

„Ganzheitlichen Produktionssysteme“ oder das Konzept „Industrie 4.0“ sind Themen, die wir ebenso diskutieren werden wie die Frage der Gegenwehr und der Alternativen. ■

Bitte vormerken!

Wenn Ihr Interesse habt, gemeinsam mit uns zu dieser Tagung nach Mannheim zu fahren, so meldet Euch bitte beim RSB Oberhausen: info@rsb4-oberhausen.de

Fukushima mahnt

Wir dokumentieren in Auszügen die gemeinsame Erklärung vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), dem Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, dem Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und SOFA (Sofortiger Atomausstieg) Münster zum 4. Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Fukushima.

Vier Jahre Reaktorkatastrophe Fukushima: Anti-Atom-Demos in Düsseldorf (14.3.) und Gronau (3.4.) Atomausstieg endlich auch in Deutschland und NRW umsetzen. AtomkraftgegnerInnen in NRW rufen aus Anlass des 4. Jahrestags des Beginns der Reaktorkatastrophe von Fukushima (11. März 2011) zu zwei Demonstrationen in Düsseldorf und Gronau auf:

Am jetzigen Samstag, 14. März, startet in Düsseldorf um 13 Uhr eine

deutsch-japanische Demonstration vor dem Sitz des Atomkonzerns EON und zieht von dort zum NRW-Wirtschaftsministerium, der Atomaufsicht in NRW. [...]

Am Karfreitag, 3. April, findet um 11.57 Uhr an der Urananreicherungsanlage Gronau unter dem Motto *Es ist Drei vor Zwölf – Urananreicherung sofort beenden statt verkaufen* ein Ostermarsch statt. AtomkraftgegnerInnen und Friedensinitiativen fordern die sofortige Stilllegung der Urananrei-

cherungsanlage Gronau, die zeitlich unbefristet für jedes zehnte AKW weltweit Uranbrennstoff produziert. Zugleich lehnen die Anti-Atomkraft-Initiativen den geplanten Verkauf der Betreiberfirma Urenco ab, weil die Urananreicherung der Schlüssel zur Atombombe ist. Der Urenco-Konzern, der auch die Anlage in Gronau betreibt, hatte bis 2011 auch den Fukushima-Betreiber Tepco beliefert. EON, RWE und NRW-Landesregierung müssen Atomausstieg endlich

umsetzen.

Im Blickpunkt der Düsseldorfer Demonstration steht der Atomkonzern EON. Er betreibt genau wie RWE noch immer zahlreiche Atomanlagen. [...] Doch anstatt diese Atomanlagen sofort abzuschalten, versucht EON sich durch die Gründung einer Bad Bank vor den massiven Problemen der Atommüllentsorgung zu drücken.

Scharf kritisiert wird auch die atomfreundliche Politik der NRW-Landesregierung. [...] ■

Kommunisten gegen Hitler und Stalin

Buchvorstellung / Diskussion

Am 17.03.2015 um 19:00 Uhr im Linken Zentrum in 46045 Oberhausen, Elsässer Straße 19, mit dem Historiker und Autor Dr. Marcel Bois.

Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik

Am Ende der Weimarer Republik war die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) eine weitgehend undemokratische und bürokratische Partei, ihre politische Linie wurde aus Moskau vorgegeben. Doch das war nicht immer so.

Vielmehr erlebte die KPD im Lauf der zwanziger Jahre einen fundamentalen Wandel. Nicht alle Kommunisten ließen diesen Prozess, der als „Stalinisierung“ bezeichnet wird, widerspruchslos über sich ergehen. Auf dem linken Parteiflügel entstanden verschiedene Gruppen und Fraktionen, die sich gegen die Entdemokratisierung wehrten und für eine Rückkehr zur „alten KPD“ kämpften. Später stand der Widerstand gegen die immer stärker werdenden Nationalsozialisten im Zentrum ihrer Aktivitäten. Die KPD-Linken hatten zeitweilig zehntausende Anhänger. Darunter befanden sich bekannte Parteimitglieder wie Ruth Fischer,

Karl Korsch oder Werner Scholem. Trotzdem verloren sie den Kampf um ihre Partei – nicht zuletzt, weil ihre Kritik vielen als unaufrichtig erschien, denn an der Entdemokratisierung der KPD hatten die Linken selbst einen wichtigen Anteil.

Anhand bislang unbekannter Quellen hat Marcel Bois erstmals eine Gesamtdarstellung der linken KPD-Opposition geschrieben. Er stellt knapp ein Dutzend verschiedene Gruppen vor, wie den Leninbund oder die bislang kaum erforschte Weddinger Opposition. Dabei untersucht er ausführlich deren Sozial- und Organisationsgeschichte und gibt so einen lebendigen Einblick in das Innenleben einer weitgehend vergessenen Strömung des deutschen Kommunismus. Sein Buch erschien im November 2014 unter dem Titel «Kommunisten gegen Hitler und Stalin» (Klartext-Verlag). „Kommunisten gegen Hitler und Stalin“ wurde mit dem Wissenschaftspreis 2015 der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen ausgezeichnet. ■



RSB/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

RSB Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen
Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@rsb4-oberhausen.de



TERMINE (weitere Infos beim RSB Oberhausen)

- Dienstag, 17.03.2015, 19:00 Uhr, Marcel Bois, Kommunisten gegen Hitler und Stalin, Linkes Zentrum OB
- Samstag, 21.03.2015, 11:00 bis 22:00 Uhr, Tag der offenen Tür im Flüchtlingslager Weierstraße
- Sonntag, 22.03.2015, 09:30 bis 16:30 Uhr, Frauenseminar des RSB in Oberhausen
- Donnerstag, 26.03.2015, 12:00 Uhr, Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür, Oberhausen, Gewerkschaftshaus

Vorschau April:

- Samstag, 25.04.2015, „Formen der Ausbeutung“, Tagung in Mannheim